



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/264 - 15. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise auf den Inhalt:

Um die Glaubwürdigkeit des deutschen Friedenswillens	S. 1
Bericht aus ungarischen Flüchtlingslagern in Österreich	S. 3
Um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle	S. 5
Zur Ernennung Lemmers zum Postminister	S. 7

Warnung an Minister Strauss

Von Helmut Schmidt, MdB.,
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Herr Strauss hat ein heikles Erbe von seinem Amtsvorgänger übernommen. Es gibt in Bonn kein Ressort, dessen bisherige Arbeit grössere Fehler aufweist - es gibt kein Ressort, das auch in Zukunft schärferer Kritik durch die öffentliche Meinung entgegensehen muss. Niemand wird deshalb Mitleid mit dem neuen Verteidigungsminister haben, denn er hat sein Amt seit langer Zeit erstrebt.

Wohl aber konnte er darauf rechnen, dass ihm am Start ein grösseres Mass an Vertrauen entgegengebracht wurde, als seinem Vorgänger bei dessen Abgang, da er ja die grössten Übertreibungen und Übereilungen des Wehraufbaus beseitigen wollte. Er hatte klar werden lassen, dass er jedenfalls für das nächste Jahr die Aufstellungsziele seines Vorgängers erheblich herabsetzen wollte und dass er persönlich die Absicht der Bundesregierung, zum 1. April 1957 die ersten Wehrpflichtigen einzuziehen, für unrealistisch hielt. Er konnte darauf hoffen, sich auch gegenüber dem Kanzler durchzusetzen, der sich einen nochmaligen Wechsel im Verteidigungsressort kurz vor Ende der Legislaturperiode nicht leisten kann, wenn er nicht den letzten Rest an Glaubwürdigkeit seiner Wehrpolitik verlieren will.

Unter diesen Vorzeichen hatte Strauss vor der Presse und dem Bundestag einen günstigen Start, zumal er sich bemühte, sein bayrisches Temperament zu zügeln. Leider hat er die guten Vorsätze nur wenige Tage innegehalten. Am letzten Wochenende hat er in öffentlichen Reden

die "Politik der Stärke" in einer Tonart verkündet, dass selbst seine Regierungskollegen erschrocken sind: "Die vereinigte Stärke unserer Bündnispartner reicht aus, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte verschwinden zu lassen."

Wilhelm Mellies sagte mit Recht, hier würde man mehr als peinlich an die grossprecherischen Ausführungen der Vergangenheit erinnert, die unser Volk so teuer bezahlt hat. Strauss hat geantwortet, seine Äusserung sei von der Presse aus dem Zusammenhang gerissen worden, und Mellies sei leichtfertig, ahnungslos, wirklichkeitsblind, unfair und politisch gefährlich.

Der Verteidigungsminister ist in seinen früheren Stil der Hofbräuhaus-Reden zurückgefallen. Die Sache wird dadurch nicht besser, dass er sich nachträglich auf NATO-Exgeneral Grunther bezog. Im Gegenteil: es ist auf das höchste bedenklich, wenn ein Bonner Minister gemeinsame Sache macht mit denjenigen Kleisen in Washington, die den Präsidenten Eisenhower dazu drängen wollen, statt seiner bisherigen massvollen Sprache gegenüber Moskau nun zur Drohung mit militärischen Massnahmen zu schreiten.

Deutschland liegt in der Mitte. Der Atombombenkrieg, mit dem Strauss der Sowjetunion drohen zu können glaubt, würde jedenfalls Deutschland von der Landkarte ausradieren. Die ganze Menschheit der Welt will den Frieden. Am allerwenigsten können wir Deutschen unseren Ministern gestatten, ihn durch leichtfertige Reden nach dem Motto "ferro et igni" zu gefährden.

Weil Strauss behauptet hatte, seine Bemerkung in Ebermannstadt sei aus dem Zusammenhang gerissen, haben wir ihn um eine vollständige Niederschrift gebeten. Sie ist uns nicht gegeben worden. Wohl aber haben wir inzwischen einen fünfspaltigen Bericht der örtlichen Lokalzeitung. Daraus geht hervor, dass Strauss seine Drohung mit der Druckknopf-Strategie in einer öffentlichen Kundgebung in Hollfeld im fränkischen Jura sogar zweimal wiederholt hat. Vielleicht hat er gemeint, aufputzende Reden seien angesichts der Stimmung der CDU/CSU nötig, die nach den Wahlergebnissen der Kommunalwahlen in der Bundesrepublik als weitreichende Niedergeschlagenheit bemerkbar macht.

Aber ein Minister trägt überall die Bürde seines Amtes. Er darf sich auch auf dem Dorfe keinen weltpolitischen Eskapaden hingeben. Strauss ist nicht mehr irgendein temperamentvoller junger Abgeordneter aus Bayern - er verwaltet eines der wichtigsten Ämter der Bundesrepublik. Er sollte sich dessen bewusst werden - sonst wird er trotz mancher guter Vorsätze in seiner Aufgabe scheitern. Es geht aber um viel mehr, als um seine Person: es geht um die Glaubwürdigkeit des deutschen Friedenswillens.

Der Verfasser dieses bewegenden Berichtes eilte, als die ersten ungarischen Flüchtlinge eintrafen, nach Österreich, um sich aktiv in die Fürsorgearbeit einzuschalten.

Die Hilfe darf nicht aufhören

Der ungarische Volkskrieg gegen die sowjetische Besatzungsmacht geht weiter. Seine lodernden Flammen sind zwar von zehn russischen Divisionen niedergewalzt und im kalten Novemberregen erstickt. Aber die Glut des unbezähmbaren Freiheitswillens der stolzen Ungarn schwelt weiter. Hier und dort bricht sie wieder auf. Kein feindlicher Soldat ist seines Lebens sicher. Von den 70 000 Quislingen der Sicherheitspolizei ist nur noch ein Rest als Helfer der Sowjets tätig. Flüchtlinge berichten, dass auch die Soldaten Moskaus mit diesem Krieg nicht einverstanden sind. Sie führen ihn ohne Herz und wollen nach Hause. Noch niemals sind so viele sowjetische Soldaten zum Gegner übergelaufen wie in diesem schmutzigen Unternehmen ohne Kriegserklärung.

Es ist vor allem die ungarische Jugend, die diesen Kampf führt. Jungarbeiter, Studenten und Soldaten wagten es, die verhärtete Blockbildung der Welt zu sprengen und frei zu werden. Der zögernde Westen, in eigene Fehlhandlungen verstrickt, hat in Ungarn Osteuropa verloren. Bis vor acht Tagen noch haben die Freiheitskämpfer seine aktive Unterstützung erwartet - fest auf seinen in jahrelangen Rundfunksendungen versprochenen Beistand vertraut. Nicht nur die Sowjetunion, sondern auch der Westen hat sein Gesicht verloren. Immer wieder hört man es aus Gesprächen mit Flüchtlingen heraus, sie verachten die Mörder aus dem Osten genauso wie die vermeintlichen Verräter im Westen.

Ihre ungeteilte Sympathie und Dankbarkeit gilt jedoch dem österreichischen Volk, das die Stimme der Menschlichkeit für das gemarterte Nachbarland so laut erhoben hat. Die spontane Hilfsbereitschaft der kleinen, keineswegs reichen Bergrepublik ist ausserordentlich. Ohne die ungeheure Unterstützung der freiwilligen Organisationen wäre die Fürsorge für die in immer grösserer Zahl hereinströmenden Flüchtlinge - heute sind es 27 000 - gar nicht möglich. Die Russen lassen jetzt ganze Dörfer ziehen. Nur zurück darf keiner. Auf Heimkehrer wird unerbitlich geschossen.

Zu den Hauptstützen der Fürsorge gehören die Volkshilfe (Arbeiter-

wohlfahrt) und der Arbeitersamariterbund. Ihre Helfer waren vor drei Wochen als erste an der Grenze, heute sind von Eisenstadt bis herauf zum Dreiländereck einige Tausend Frauen und Männer beider Organisationen eingesetzt. Als erster Transport aus der freien Welt stiess schon am 1. November ein Konvoi der Volkshilfe mit 30 Lastwagen nach Budapest durch. Er brachte Lebensmittel im Werte von 600 000 Mark und für 325 000 Mark Medikamente in die ungarische Hauptstadt. Sie wurden, darunter auch ein Teil der Berliner Ungarn-Spende, von der österreichischen Botschaft vornehmlich an Krankenhäuser verteilt.

Mehr als ein Zehntel aller bisher aufgenommenen Flüchtlinge wird in Privatquartieren und in etwa 30 Heimen der Volkshilfe betreut. Dazu werden wöchentlich an die 100 000 Mark aufgewandt. Weitere Hilfe aus dem Ausland wird dringend benötigt. Dankbar erkennt man hier die von der Arbeiterwohlfahrt der Bundesrepublik geleistete Unterstützung an Bargeld und Sachen an. Sehr nützlich waren die Baby-Pakete aus Bonn, Hilfe in der Not die Lebensmittel aus Regensburg, die zwei Tonnen Bekleidung aus München, die 200 000 Mark für Medikamente und die hochwertigen Lebensmittel der von Oberbürgermeister Suhr angeregten Berliner Ungarn-Hilfe.

Sanitätswagen der Arbeitersamariter aus Ulm und Berlin machen sich im überfüllten Durchgangslager Eisenstadt nützlich. Auch sozialistische Hilfsorganisationen Frankreichs, Belgiens und der Schweiz haben nennenswerte Beiträge geleistet. Das meiste wurde bis heute von österreichischen Sozialisten aufgebracht. Die Hilfe von allen darf nicht aufhören. Viele Länder haben sich bereit erklärt, Flüchtlinge aufzunehmen. Es besteht allerdings vielfach eine Tendenz, Österreich nur qualifizierte Arbeiter oder junge Leute abzunehmen. Das widerspricht dem Geist der in solchen Fällen doppelt nötigen internationalen Solidarität. Eine Bonner Kommission des Innenministeriums hat in Wien beschlossen, nur solche Ungarn in die Bundesrepublik einreisen zu lassen, die sorgfältig überprüft und mit einem deutschen Sonderausweis - viele haben überhaupt keine Papiere - versehen sind. Kommunisten sind unerwünscht. Holland übernimmt 270 Flüchtlinge in dieser Woche. Der dänische Arbeitersamariter Frode Thomsen stellt einen Transport mit 80 Kindern zusammen. Er will sie auf dem Luftwege in den hohen Norden bringen.

In drei riesigen Wiener Messehallen hat die Volkshilfe ihr Maga-

zin. Der Bedarf ist grösser als die beachtlichen Vorräte. Vor allen Dingen fehlt es wohl an guter Männerbekleidung, an Wäsche aller Art, Wollsachen und Weisswaren vom Taschentuch bis zum Bettlaken. Ich war eben dabei, als sich zwei ungarische Medizinstudenten hier Verpflegung für die kommenden Tage holten. Wie die meisten ihrer Landsleute traten sie bescheiden und sicher auf. Manche haben sich dank der empfangenen Hilfe schon ein wenig erholt. Aber den meisten steht die Unruhe in den Augen. Was ist mit den Familien in der Heimat? Es gibt noch immer keine Postverbindung. Ich sprach mit dem 29 Jahre alten Kraftfahrer Johann P. aus Budapest. Vor zehn Tagen ist er mit seinem hauptstädtischen Autobus hier hängengeblieben. Es gab kein Zurück mehr. Seine Frau und ein drei Jahre altes Töchterchen sind noch dröben. Allein. Das zehrt an den Nerven. Etwa drei Fünftel Männer sind unter den Flüchtlingen. Im Sammelager Traiskirchen bei Wien traf ich eine junge Frau aus Szopron, Janosne P., ihr Mann war gefallen. Der acht Jahre alte Sohn ging auf der Flucht verloren.

Es ist eine Welle der Verzweiflung, Bitterkeit und des Elends, die in diesen Tagen über dem hilfsbereiten Österreich zusammenschlägt. Überall in den Strassen Wiens begegnet man Ungarn mit den grün-weiss-roten Farben im Knopfloch. Sie suchen eine bessere Zukunft. Wir können ihnen dabei helfen.

+ + +

Industrielle Demagogie

-x. Durch Inserate in den schleswig-holsteinischen Zeitungen versucht die Metall-Industrie den streikenden Arbeitern Schleswig-Holsteins klarzumachen, dass es sinnlos sei, sich um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zu streiten und zu streiken, zumal sich in Bonn alle Parteien, die Arbeitgeber und Gewerkschaften, einig seien, möglichst schnell ein neues Gesetz zu beschliessen, in dem diese Frage endgültig geregelt werden soll. Die "Streiknachrichten" der IG-Metall haben anlässlich dieses Inserates vom 12. 11. 1956 gleichzeitig auf eine Notiz im "Handelsblatt", ebenfalls vom 12. 11. aufmerksam gemacht, in der vermerkt ist, dass die von der SPD geforderte Lohnfortzahlung

im Krankheitsfalle insbesondere bei den Arbeitgebern und beim Handwerk auf sich verstärkenden Widerstand stosse. Inzwischen hat sich sogar die Behandlung dieser Frage im Bundestag zu einer echten Kontroverse zugespitzt.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages stand der bereits seit längerer Zeit vorliegende Gesetzentwurf über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zur Beratung an, da der Abgeordnete Willi Richter, Vorsitzender des DGB, beantragt hatte, in zwei Sondersitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses diese Frage zum Abschluss zu bringen. CDU und FDP haben diese Sondersitzungen abgelehnt. Sie müssten erst eine grundsätzliche Klärung ihrer Fraktion herbeiführen.

Inzwischen haben CDU und FDP mitteilen lassen, dass ihre Fraktionen nicht bereit seien, den Gesetzentwurf zur Gleichstellung der Arbeitnehmer im Krankheitsfalle vor der Verabschiedung der Rentenreform weiter zu beraten. Die Sprecher der SPD haben gegen diese Verzögerungstaktik, mit der die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben werde, energisch protestiert.

Das Inserat der Arbeitgeber in den schleswig-holsteinischen Zeitungen und diese Taktik der Arbeitgebervertreter im Bundestag können nur im Zusammenhang miteinander gesehen werden. In Schleswig-Holstein taktiert man dahin, die Front der Streikenden aufzureissen mit dem Argument, dass die gesetzliche Regelung den Streik sinnlos mache, im Bundestag aber sucht man die gesetzliche Regelung zu verhindern, um so die Streikenden in Schleswig-Holstein und letztlich die ganze Arbeitnehmerschaft um den Erfolg ihrer Aktion zu prellen. Solche Art Demagogie kann die Verbitterung unter den Streikenden und ihren Abwehrwillen nur noch vergrössern.

Eine Dekorationsrolle ?

ler. Dass das Interesse des neugebackenen Postministers Ernst Lemmer in seinen bisherigen Wirken den Dingen der Post galt, werden auch seine wohlwollendsten Freunde nicht von ihm sagen können. Hier fehlt ihm jede Qualifikation. Mit seinem Vorgänger Balke, der immerhin aus Bereichen der Technik kam, hat er eigentlich nur die Zugehörigkeit zum Protestantismus gemeinsam. Allerdings hat Lemmer vor dem jetzigen Atomminister eines voraus, was wohl bei seiner Ernennung den Ausschlag gegeben haben mag: er ist Wahlberliner, gilt innerhalb der CDU als, soweit dies in der Kanzlerpartei überhaupt möglich ist, ständiger Mahner einer aktiven Politik der Wiedervereinigung. So hat er denn, gewissermassen als erste Amtshandlung, bekundet, er gedenke auch künftighin in Berlin zu bleiben und von dort aus die Geschäfte seines Ministeriums zu führen.

Das ist ein sehr lobenswerter Vorsatz. Er ist damit der erste Bundesminister der Adenauerregierung, der Lippenbekenntnissen die Tat folgen lässt und Berlin den Rang zuerkennt, der der Hauptstadt Deutschlands gebührt. Wird er allein bleiben? Die CDU hat zwar, vor den Gemeindevätern, angekündigt, sie werde im Bundestag den sofortigen Wiederaufbau eines deutschen Parlamentsgebäudes in Berlin beantragen, und CDU-Abgeordnete liessen wissen, dass sie, über diesen Antrag hinausgehend, auch die Verlegung einiger Ministerien fordern werden, aber schon kurz darauf setzte in ihren eigenen Reihen ein Kessel-treiben gegen solches Vorhaben ein. Das sei in der gegenwärtigen Situation ein viel zu weitgehender Schritt, ausserdem sei mit Sicherheit auf ein westalliiertes Veto zu rechnen.

Ob hier nicht der Wunsch der Vater des Gedankens ist? Die Skepsis und die Abneigung, Berlin wieder zur Hauptstadt zu machen, sind gerade bei der Stelle am grössten, die Lemmer in die Regierung berief. War vielleicht bei der Ernennung die Absicht massgebend, durch diesen Zuzug aus Berlin in das Kabinett sich verstärkt den Anschein zu geben, dass man wohl auch an Berlin denkt, um umso beharrlicher an Bonn festzuhalten? Der Politiker Lemmer, der immerhin einen guten Ruf zu verlieren hat, sollte sich für eine solche Dekorationsrolle freiwillig zu schade fühlen.

+ + +